

Neues Schlesisches Tagblatt

Unabhängige Tageszeitung.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle, Bielsto, Pilsudskiego 13, Tel. 1029. Geschäftsstelle Katowice, ul. Mysłowa 45-3. Erscheinungsweise: täglich morgens. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. Bankkonto: Schlesische Gesamtbank, Bielsto. Bezugspreis ohne Zusendung Bl. 4.— monatl. (mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Welt am Sonntag“ Bl. 5.50), mit portofreier Zustellung Bl. 4.50, (mit illust. Sonntagsbeilage Bl. 6.—). Anzeigenpreis: im Anzeigenteil die 8 mal gespaltene Millimeterzeile 16 Groschen, im Reklameteil die 6 mal gespaltene Millimeterzeile 32 Groschen. (Bei Wiederholung Rabatt).

beilage „Die Welt am Sonntag“ Bl. 5.50, mit portofreier Zustellung Bl. 4.50, (mit illust. Sonntagsbeilage Bl. 6.—). Anzeigenpreis: im Anzeigenteil die 8 mal gespaltene Millimeterzeile 16 Groschen, im Reklameteil die 6 mal gespaltene Millimeterzeile 32 Groschen. (Bei Wiederholung Rabatt).

2. Jahrgang.

Dienstag, den 3. Dezember 1929.

Nr. 325.

Die Großmacht Polen und die heutige Verfassung.

Vortrag des Postministers Oberst Boerner in Kattowitz.

Geehrte Damen und Herren!

Ich widme meinen Vortrag einer der wichtigsten gegenwärtigen Fragen in Polen. Ich habe mich entschlossen, über die Notwendigkeit der Revision der Verfassung vom 17. März 1921 zu sprechen.

Diese Frage ist jetzt die wichtigste, denn die Zukunft Polens hängt davon ab, ob wir imstande sein werden, in der Verfassung solche Änderungen einzuführen, die eine starke und stabile Struktur der staatlichen Organisation, die insbesondere für Polen mit Rücksicht auf seine Lage und die Art seiner Grenzen dringend notwendig ist, schaffen könnten und unserer Bevölkerung gestatten würden, sich normal unter Entwicklung der ihr angeborenen Fähigkeiten zu entfalten, um aus der „Arbeitskontinuität“ siegreich hervorzugehen und eine entsprechende Stellung im Konzert der Staaten der Welt einzunehmen, die uns als einem 30 Millionenstaate gebührt. Wir müssen den künftigen Generationen ein so starkes Polen übergeben, daß es sich siegreich allen feindlichen Mächten, die es vom Westen und Osten bedrohen, entgegenstellen kann.

Es ist schwer über diese Frage heute, bei dem herrschenden Parteihader in einer Zeit, wo die Temperatur der Parteikämpfe im Sejm den Gipfel des Fiebers erlangt, zu sprechen. Es ist diese Aufgabe um so schwieriger, wenn man Mitglied der Regierung ist. Ich werde als Techniker sprechen, der das industrielle und wirtschaftliche Leben kennt und der durch eine Reihe von Jahren in unmittelbarer Verbindung mit dem Arbeiter gestanden hat.

Als Pole bin ich unbedingter Anhänger der Großmachtstellung Polens und deshalb betrachte ich die Frage der Verfassung vom Standpunkte, daß Polen eine „große Sache“ ist. Deshalb muß alles, was möglich ist, für dieses Polen geschehen.

Polen, das mit den Gräbern unserer Väter, Ahnen und Großväter besät ist, ist ein heiliges Erbe, das wir, ohne Unterschied der Ueberzeugung, mit unserem Blute gebüht haben, das wir unseren Bedrückern entrissen haben, das wir den kommenden Generationen so stark überlassen müssen, daß es sich siegreich allen Widerständen entgegenstellen kann.

Vom Standpunkte der Großmachtstellung Polens stelle ich mir als Techniker drei Fragen, die ich trachten werde, zu beantworten und zu begründen. Es sind dies folgende Fragen:

Erstens: Entspricht die heute in Geltung stehende Verfassung den jetzigen Bedürfnissen und ist dieselbe einer Entwicklung Polens zur Großmacht günstig?

Zweitens: Kann die Verfassung geändert werden?

Drittens: Unter welchem Gesichtspunkte soll die Verfassung geändert werden?

Erwägen wir die erste Frage: Ich glaube nicht, daß in Polen ein logisch denkender Mensch sich befindet, der auf diese Frage eine andere Antwort als eine verneinende geben könnte. Aber glauben Sie mir, meine Damen und Herren, auf die Frage, wie diese Verfassung ausschauen müßte, würden wir so viel verschiedene Antworten erhalten, als Parteien und Parteien bestehen. Zum Beispiel möchte Herr Korfanty eine solche Verfassung und einen solchen Sejm haben, dessen Marschallgerichte nicht das Recht hätte, über ihn ein so unangenehmes Urteil zu fällen, wie dies vor kurzer Zeit der Fall war. Die Sozialisten aus der unter kommunistischem Einflusse stehenden P. P. S.-Partei würden sagen, daß die Verfassung so sein müßte, daß sie in ein bis zwei Jahren den Übergang zur Diktatur des Proletariates nach dem Muster eines der benachbarten Staaten ermögliche.

Ich charakterisiere die schlechten Seiten der Verfassung, damit daraus geschlossen werden kann, von welchem Standpunkte die Verfassung eine Änderung erfahren müßte.

In Polen ist in Geltung das Verfassungsgesetz vom 17. März 1921, das durch das Gesetz vom 2. August 1926 etwas

modifiziert worden ist. Es ist interessant, warum so ein und kein anderes Verfassungsgesetz im März 1921 beschlossen worden ist. Um auf diese Frage zu antworten, führe ich die authentischen Aussprüche des Herrn Professor Dubanowicz in seiner Broschüre unter dem Titel „Revision der Verfassung“ aus dem Jahre 1926 an. Die Meinung des Herrn Professor Dubanowicz, des Abgeordneten zum gesetzgebenden Sejm als Repräsentant der sog. Rechten und Mitglied des Verfassungsausschusses dieses Sejms ist sehr interessant und charakteristisch. „Die Gefahr des Amtsmissbrauches“, sagt Herr Dubanowicz, „falls das Amt sich in der Hand eines Menschen (lese Pilsudski) befinden sollte, dessen Staatsgrundsätzen und Rechtsgefühlen man unmöglich vertrauen haben konnte, die Angst vor inneren Erschütterungen, die einen Mißbrauch dieser Rechte in der Periode der Gründung und Festigung des Staates begleiten hätten müssen, haben das Gefühl der Notwendigkeit dieser unter normalen Verhältnissen erforderlichen Attribute der Exekutivgewalt in Polen besiegt.“

Reißt Gott, es ist geradezu unglaublich, daß es in Polen im Jahre 1919 und 1920 Menschen gegeben hat, die vom parteiischen Gesichtspunkte des Hasses gegenüber einem einzelnen Menschen die Attribute der Exekutivgewalt konstruiert haben.

Ich frage diese Herren, welches waren die staatlichen Grundsätze und Rechtsgefühle dieses Menschen damals, als sie in der Stille der Wiejskagasse die Verfassung geschaffen haben.

Der staatliche Grundsatz des Marschall Pilsudski war, den polnischen Staat so zu organisieren, daß er groß und mächtig werde. Unter der Flagge dieser Idee ist die Quelle seiner Mäßigung und seines Rechtsgefühles zu suchen. Die sie pakteten sich nicht den Begriffen der Herren Souveräne an, die sich in die hehren Lösungsworte, die auf ihren Parteiflaggen aufgemalt waren, vergafft haben, und die den Staat in Klubkonferenzen und Kulissenintrigen aufbauen wollten, während der erste Marschall Polens mit dem Schwerte die Grenzen der heutigen Republik schmiedete.

Selbst wir was Herr Dubanowicz in seiner Broschüre über die durch ihn selbst geschaffene Verfassung weiter sagt: „Sie hat ernste Mängel und Fehler. Trotz Warnungen, die schon damals von verschiedenen Seiten über der Reihe nach erscheinenden Gesetzesprojekte erhoben worden sind, mußte die unter den im Jahre 1919 und 1920 in Polen bestehenden Verhältnissen geschaffene Verfassung schon in vorhinein viele Fehler aufweisen.“

„Die in den Verhältnissen geschaffene Verfassung!“ — Ich frage nun: in welchen Verhältnissen? In den Verhältnissen, daß gerade der Marschall die Grenzen Polens geschaffen hat und nicht ein Mann aus den Parteigenossen oder Bundesgenossen des Herrn Dubanowicz?

Beden wir, was weiter der Verfasser der Verfassung Herr Dubanowicz sagt:

„Das Ausmaß und die Wichtigkeit der Mängel der Märzverfassung tritt mit jedem Monat und Jahr, die uns von der Entstehung derselben entfernten, immer deutlicher hervor.“

Wie viele Unzulänglichkeiten und Mängel bestehen daher jetzt, nach über acht Jahren? Wie groß ist ihr Ausmaß und ihre Wichtigkeit?

Gestatten wir, daß wieder Herr Dubanowicz diese Unzulänglichkeiten und Mängel beschreibt: „Die tiefgehendste Unzulänglichkeit dieser parlamentarischen Organisation, die wir in Polen nach dem englisch-französischen Muster übernommen haben, ist das Uebergewicht des parlamentarischen Faktors im Verhältnisse zur Regierungsgewalt im Staate. Auch in der amerikanischen Organisation ist, wie auch in allen anderen staatlichen Organisationen der Welt, das Parlament ein wesentlicher Faktor in der Zusammensetzung der staatlichen Gewalt. Er ist dort jedoch einer der drei Faktoren der

Gewalt: Seine Kraft ist beim Aufbaue des Staates mäßig und durch die zwei anderen Faktoren der Staatsgewalt, die Exekutive und die Gerichtsbarkeit, ausgeglichen. In der parlamentarischen Organisation fehlt schon in der Grundlage dieses Gleichgewichts. Das Parlament hat sich in derselben schon in vorhinein das Uebergewicht gesichert, noch mehr, es ist ausgeübt der Versuchung die anderen zwei Faktoren der Staatsgewalt sich unterzuordnen und die staatliche Allgewalt zu erlangen. Das Uebergewicht des Parlamentes bildet somit in der parlamentarischen Organisation eine ständige und große Gefahr für das Gleichgewicht der staatlichen Organisation und das schon dann, wenn das Parlament selbst, auf gesunden Grundlagen ruhend, befähigt ist, ordnungsgemäß die ihm durch die Verfassung verliehene Rechte auszuüben. Was erst dann, wenn der parlamentarische Faktor von einer Krankheit erfaßt wird, wenn derselbe aus zu viel Leuten besteht, die durch ihre Qualifikation unter dem normalen Niveau stehen und wenn er sich als unfähig erweist, sich an im vorhinein bestimmte Grenzen zu halten? Es ist natürlich, daß er dann eine Gefahr nicht nur für den Grundriss der Teilung der Gewalt, sondern auch für das Gleichgewicht der staatlichen Organisation zur Erhaltung der bürgerlichen Freiheit wird. Eben deshalb, weil das Parlament eine zentrale und dominierende Stellung in der staatlichen Organisation einnimmt, das es sozusagen das Rückgrat dieser Organisation bildet, ist die Herabsetzung des Niveaus, die Entgleisung und Verunstaltung seiner Tätigkeit eine unmittelbare Gefahr für die ganze Organisation. Seine Paralyse u. Arbeitsunfähigkeit sind gleichbedeutend mit einer ständigen Krankheit und Machtlosigkeit des Staates. Es kann dann schon keine Rede mehr von der Erfüllung der Forderungen nach Größe und Macht des Staates sein. Es handelt sich da um die Frage der Existenz des Staates. Es ist klar, daß dies der Fall ist, wenn unterdessen das Parlament nicht selbst seine Autorität und seine reale Bedeutung im Staate verrichtet hat. Das Parlament kann nämlich auch im Verhältnis zu sich selbst nicht ungestraft seine Macht mißbrauchen. Jeder Mißbrauch wendet sich früher oder später gegen das Parlament selbst, untergräbt und vernichtet seine moralische Autorität und seine praktische Bedeutung.“

Herr Dubanowicz führt dann in seiner Broschüre Zitate aus dem Werke des Franzosen Herrn Benoix an, der behauptet, daß der Parlamentarismus an und für sich schon eine Krankheit sei und der diese Krankheit „Parlamentarismus“, die schon in Brand übergeht, nennt.

Herr Dubanowicz stellt dann die Frage, ob es bei uns besser ist und antwortet gleich, daß er befürchte, daß es bei uns noch schlechter sei.

Geehrte Damen und Herren, daß sind nicht Worte eines Pilsudski-Anhangers oder Senators, daß sind Worte des Verfassers unserer Konstitution, des Herrn Dubanowicz selbst. Besteht noch eine ärgere Selbstkasteiung als diese Worte? —

Ebenso interessant ist die Ansicht des Herrn Dubanowicz über die Frage der Exekutivgewalt, die er bei der Sitzung der Verfassungskommission des gesetzgebenden Sejms geäußert hat: „Die Regierung, insbesondere die dieser Kammer verantwortliche Regierung, die Regierung aus der Mehrheit der Kammer, muß ein direktes Werkzeug, eine Expositur der Kammer werden, die in einem solchen Falle die ganze Last nicht nur der Gesetzgebung, sondern auch der staatlichen Regierungsgewalt auf sich nehmen muß und dazu eignet sie sich nicht, schon mit Rücksicht auf ihre vielköpfige Zusammensetzung und ihren rechtlichen Charakter. Wenn noch dazu in der Kammer eine Partei das Uebergewicht erlangen sollte, heute diese und in einigen Jahren jene entgegengesetzte Partei, muß die Regierung eines großen Staates, der große politische Interessen vertritt, in diesem Chaos in den Abgrund absolutistischer Herrschaft einer Partei stürzen.“

Volkswirtschaft

Polens Elektrifizierung.

Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Erteilung der Elektrifizierungskonzession an Harriman, die gegenwärtig noch heiß umstritten ist, erscheint es interessant, den gegenwärtigen Stand der Elektrifizierung Polens zu beleuchten.

Nach einer vom Ministerium für öffentliche Arbeiten herausgegebenen Statistik besitzt etwa die Hälfte der polnischen Städte keine elektrische Beleuchtung. Relativ am günstigsten steht es um die Wojewodschaft Kielce (96 elektrische Anlagen), Warschau (94), Lodz (87), Poznan (75), Oberschlesien (73), Lublin (55), Krafow (49), und Lwow (42). Am schlechtesten steht es um die Wojewodschaften Pomorze (36), Bialystok (33), Stanislawow (26), Wolyn (20), Wilno (17), Polesie (14), Tarnopol (11), und Nowogrodok (9). Insgesamt besitzt Polen 742 elektrische Anlagen, deren Jahresproduktion 2302 Millionen Kw beträgt. Den ersten Rang nimmt (die Ziffern verstehen sich in Millionen Kw.) die Wojewodschaft Schlesien (1292), ein; es folgen die Wojewodschaften Kielce (290), Krafow (181), Lodz (172), die Stadt Warschau (104), die Wojewodschaften Poznan (79), Lwow (56), die Wojewodschaften Warschau (46), Bialystok (17), Lublin (12), Stanislawow (8), Wilno (8), Polesie (2), Wolyn (2), Tarnopol (13), und schließlich Nowogrodok mit 1,2 Millionen Kw.

Besondere Beachtung verdienen die Kohlenreviere, die im Gesamtrahmen der staatlichen Elektrizitätsbewirtschaftung eine Sonderstellung einnehmen, die sich, verglichen mit den anderen Provinzen, durch eine große Intensität der verbrauchten Energie, sowie durch eine hohe Produktion an elektrischer Energie auszeichnet.

Die Frage der Elektrifizierung der Kohlenreviere und damit eines großen Teiles Polens ist innig verbunden mit dem Problem einer rationalen Bewirtschaftung, die auf einer Verwendung der Kohlenfortenabfälle als Brennstoff beruht. Es erscheint daher notwendig, einige Ziffern anzuführen, die sich auf den Stand der Kesselbewirtschaftung beziehen. Insgesamt besitzt Polen 1026 Elektrizitätskessel mit einer Gesamtheizfläche von 221.534 Quadratmetern; hiervon entfallen 72 Prozent auf Oberschlesien, 9,5 Prozent auf das Dombrowaer Revier und 8,4 Prozent auf das Gebiet Krafow.

Beachtenswert erscheint auch die durch das Ministerium

für öffentliche Arbeiten festgestellte Tatsache, daß die Verwendung von Kohlenstaub in Polen durchschnittlich ungefähr 40 Prozent der Förderung ergibt und hauptsächlich für die Beheizung von Grubenkesseln erfolgt. Der Rest, also etwa 60 Prozent des gewonnenen Kohlenstaubes bleibt unausgenutzt, was etwa 12 Prozent der Gesamtkohlenförderung darstellt, bezw. rund 4,6 Millionen Tonnen. Eine rationelle Verwendung dieses Kohlenstaubs, vom Standpunkt der Elektrifizierung, erblickt das Ministerium für öffentliche Arbeiten in der Organisierung einer Zusammenarbeit zwischen den Elektrizitätswerken des Kohlenreviers und in der Umgestaltung der Kohlenstaubenergie in elektrische Energie. Eine derartige Lösung der Aufgabe würde ermöglichen, etwa 3,3 Milliarden Kw. zu gewinnen, also um 40 Prozent mehr als die Gesamtproduktion der elektrischen Energie in Polen im Jahre 1927 betrug (2,34 Milliarden Kw.). Diese Zahlen beweisen, daß die daraus resultierenden Vorteile neue Ausrichtungen für die Kohlenindustrie und die Elektrifizierung eröffnen.

Es erscheint erwähnenswert, daß von den in Polen bestehenden 742 elektrischen Betrieben 242 Eigentum von Gesellschaften und Privatpersonen sind, 86 Elektrizitätsanlagen bei Industriebetrieben bestehen, 302 Betriebe Verwaltungskörpern und anderen Institutionen öffentlichen Charakters gehören und schließlich 112 Anlagen Eigentum des Staates bilden, so daß die Privatinitiative eine ansehnliche Beteiligung an der Elektrifizierung des Landes aufweist. Die Beteiligung des inländischen Kapitals an der bisherigen Elektrifizierung des Landes beträgt rund 24 Prozent, während der Anteil des Auslandes, vornehmlich des englischen belgischen, französischen und schweizerischen Kapitals, mit rund 76 Prozent angenommen werden kann. Was die jährliche Produktion an elektrischer Energie betrifft, so betrug diese 2302 Millionen Kw. bezw. 66 Kw. je Einwohner, der Bedarf hingegen, wenn man von der Annahme ausgeht, daß alle bestehenden Industriebetriebe elektrifiziert werden, 5200 Millionen Kw., bezw. 191 Kw. je Einwohner. Das durchschnittliche Verhältnis der Produktion zum tatsächlichen Energiebedarf ist also ein sehr niedriges, es beträgt nämlich ungefähr 1:3 und in einigen Teilen des Landes, namentlich in den östlichen Gebieten, stellt es sich noch viel ungünstiger dar. Auch wenn sachlich gegen die Konzessionerteilung an Harriman starke Bedenken erhoben werden, so muß doch unterstrichen werden, daß die Elektrifizierung Polens auf breiter Grundlage eine dringende Notwendigkeit ist.

Man muß allerdings berücksichtigen, daß bereits eine ziemlich rege Initiative auf dem Gebiete der Elektrifizierung des Landes entfaltet wird. So z. B. baut die Regierung eine Talssperre in Porombka an der Sola, die in etwa einhundert Jahren beendet sein dürfte. Die Vereinigung der Elektrizitätswerke der Bezirke Radomsk-Kielce baut auf ihrem Gebiet eine Linie von Sekundärleitungen für 30.000 Volt und vor kurzem wurde der Bau einer elektrischen Linie auf einer 60 km. betragenden Fläche Jaworzno-Krafow mit einer Spannung von 60.000 Volt begonnen, mit der Möglichkeit einer Steigerung der Spannung bis zu 110.000 Volt. Außerdem werden gleichzeitig sowohl in Jaworzno, als auch in Krafow besondere Transformatoren errichtet, schließlich wurden in den letzten Monaten eine Reihe von Elektrizitätsanstalten entweder neu erbaut oder gänzlich umgebaut. Die fortschreitende Elektrifizierung wird natürlich in hohem Maße zu einer weiteren Industrialisierung des Landes beitragen.

Radio

Dienstag, den 3. Dezember.

Warschau. Welle 1411: 17.45 Populäres Konzert, 19.50 Übertragung einer Oper aus Posen.

Kattowik. Welle 416.1: 17.45 Populäres Konzert, 18.45 Vorträge, 19.50 Übertragung einer Oper aus Posen.

Krafau. Welle 313: 17.45 Nachmittagskonzert, 18.45 Übertragung einer Oper aus Posen.

Breslau. Welle 253: 16.30 Unterhaltungskonzert, 18.00 Sechs Tage Sowjetrußland, 19.05 Abendmusik. Internationales Kabarett, 20.15 Konzert, 21.00 Der verzauberte Morgen, 21.30 Symphonische Walzer.

Berlin. Welle 418: 16.30 „Der Mörder“. Eine Erzählung von Friedrich Eisenlohr. Gelesen vom Autor. 17.00 Teemusik, 17.30 Jugendstunde, 18.00 Teemusik, 18.30 Stunde mit Büchern, 19.00 Heitere Lieder, 19.30 „Das physikalische Weltbild der Gegenwart, 20.00 „Mord und Totschlag“, 20.30 Mordaffäre Duppler. Hörspiel von Auditor.

Prag. Welle 487: 11.15 Schallplattenmusik, 12.30 Mittagskonzert, 16.30 Nachmittagskonzert, 17.30 Deutsche Sendung. Johann Urzibil, Prag: Spiele und Töne, Novelle, 18.20 Französischer Sprachkurs, 18.50 Einführung zur Oper, 19.00 Übertragung aus dem deutschen Landestheater in Prag. „Figaros Hochzeit“. Komische Oper von W. A. Mozart. 22.15 Übertragung der Tanzmusik aus dem Auto-Club.

Presstroh

liefert billigst

Spółdzielnia

Rolniczo-Handlowa, Katowice,
ul. Kochanowskiego 6, tel. 29-56

Benzin-Motor

8 P. S. mit Luftkühlung und auswechselbaren Antriebscheiben ist sofort preiswert

zu verkaufen.

Anfragen unter „Motor 353“ an die Administration dieses Blattes. 660

Patentanwalt Dr. Hermann Sokal

Beiderer Gerichtssachverständiger
Katowice, Slowackiego 22, Tel. 312
besorgt: Patent-, Muster-, Markenschutz, alle
Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes im In- und Ausland. 738

INSERATE

in dieser Zeitung
haben den besten
Erfolg!

Umsonst teile ich
jeder Dame ein sehr
gutes Mittel

gegen Weissfluss

mit. Jede Dame wird über
den schnellen Erfolg erstaunt u. mir dankbar sein.
(Porto beifügen.)

FRAU

A. GEBAUER

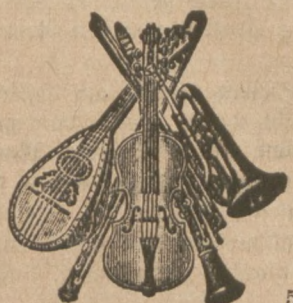
STETTIN, 3. P., Friedrich-Ebertstrasse 105
Deutschland.

ERSTKLASSIGE SPRECHMASCHINEN UND PLATTEN

Alle neuesten Schlager stets am Lager.

MUSIK-INSTRUMENTE

für Streich- und Blas-Ensemble.



MANDOLINEN, GITARREN,
ZITHERN und LAUTEN.

Zubehörteile wie:
Stege, Kolophonium, Wirbel, Saiten u. a.

SCHULEN UND NOTEN

für sämtliche Musik-Instrumente

574

empfiehlt

ST. PEŁCZYNSKI POZNAŃ
UL. 27 GRUDNIA 1.

W dniu 15 grudnia br. odbędzie
się w tutejszym magazynie kolejowo-celnym

licytacyjna sprzedaż towarów

niepodjętych przez strony w przepisany terminie. — Bliższe szczegóły na tablicy urzędowej.

Urząd Celný Bielsko.